



Das Projekt, die Straße Am Scherfenbrand in Schlebusch auszubauen, ist im städtischen Haushalt bereits einkalkuliert.

BILD: RALF KRIEGER

Anlieger müssen für Straßenausbau zahlen

PLANUNG Am Scherfenbrand in Schlebusch soll im Jahr 2015 ausgebaut werden

VON JAN STING

Einstimmig votierten die Mitglieder der Bezirksvertretung III für den Ausbau der Straße Am Scherfenbrand in Schlebusch. Die Verwaltung soll 2014 für den Abschnitt zwischen dem Freudenthaler Weg und dem Friedhof planen. Die ersten Bagger werden voraussichtlich erst 2015 anrollen. Die

Die Ergebnisse rechtfertigen keine Änderung der Verkehrsführung

Angabe der Stadtverwaltung

Anwohner müssen 90 Prozent der Baukosten tragen, weil es sich um einen Erstausbau handelt. Sollten Anlieger allerdings in den 40er oder 50er Jahren bereits etwas für die Erschließung ihrer Häuser bezahlt haben, so wird das laut Verwaltung berücksichtigt.

Im städtischen Haushalt ist das Straßenbauprojekt mit 810 000 Euro beziffert. Ziel der Planung soll es unter anderem sein, den Durchgangsverkehr weiter einzudämmen. Es werden Gehwege angelegt. Anwohner hatten erklärt,

dass besonders viele Fahrzeuge mit GL-Kennzeichen durch die Straße führen. Doch eine Verkehrsuntersuchung ergab laut Verwaltung, dass das Wohngebiet eine Verkehrsbelastung aufweist, die seiner Größenordnung entspricht. Der Durchgangsverkehr sei mit 5,5 Prozent als gering zu bezeichnen. „Die Ergebnisse rechtfertigen keine Änderung der Verkehrsführung wie Einbahnstraßen, Diagonalsperrungen oder Sackgassen. Vielmehr sollte das vorhandene Straßennetz in der bisherigen Form beibehalten werden“, erläutert die Stadtverwaltung.

Günter Nahl, Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtbezirk, regte an, dass die Straße Am Scherfenbrand nicht in das Schulwegenetz aufgenommen wird, weil der Weg zu dunkel sei und in dem Abschnitt keine Häuser stünden. Es verleite Kinder zudem, die stark befahrene Bensberger Straße zu überqueren. Ulrike Lorenz von der Bürgerliste warf ein, dass der Ausbau möglicherweise kostengünstiger ausgeführt werden könne. In Hitdorf habe man in einem Fall die Erschließungskosten für die Anwohner auch drosseln können.